

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 23/2019

6. Juni 2019

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen (VwV Anwärtersonderzuschlag SMI – VwV AnwSZ SMI) vom 20. Mai 2019 838

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Gewährung von Zuwendungen zur Herstellung und Verbesserung der digitalen Infrastruktur in Schulen (RL Digitale Schulen) vom 21. Mai 2019 839

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz über die Liste der Untersuchungsstellen nach § 15 Absatz 4 der Trinkwasserverordnung vom 16. Mai 2019 854

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Ausbau Meißner Straße in Radebeul zwischen Gleisschleife Radebeul-Ost und Eduard-Bilz-Straße“ Gz.: DD32-0522/313 vom 16. Mai 2019 859

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Familienstiftung Himmelsbäckerei Gz.: DD21-2245/585/1 vom 17. Mai 2019 860

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen nach § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Erhöhung/Erhöhung der Elbdeiche in Stetzsch und Gohlis sowie Neubau der 2. Deichlinie in Cossebaude, 10. Planänderung“ Gz.: C46_DD-0522/104/5 vom 10. Mai 2019 861

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben zur wesentlichen Änderung der Abwasserbehandlungsanlage II im Industriepark Schwarze Pumpe, hier Umbau und Erweiterung, des Zweckverbandes Industriepark Schwarze Pumpe in Spreetal Gz.: DD41-8618/715/3 vom 21. Mai 2019..... 862

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr über die Umstufung von Straßen in der Stadt Dahlen, Landkreis Nordsachsen vom 20. Mai 2019 864

Bekanntmachung des Landratsamtes Mittelsachsen über die Genehmigung der 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung vom 10. Februar 2015 des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ vom 16. Mai 2019 866

1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung vom 10. Februar 2015 des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ (ZV CTRW) vom 5. Februar 2019 867

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift

des Sächsischen Staatsministeriums des Innern

über die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen

(VwV Anwärtersonderzuschlag SMI – VwV AnwSZ SMI)

Vom 20. Mai 2019

Aufgrund von § 73 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Besoldungsgesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 1005), das zuletzt durch das Gesetz vom 28. März 2019 (SächsGVBl. S. 243) geändert worden ist, erlässt das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen folgende Verwaltungsvorschrift:

I. Personenkreis

1. Der Anwärtersonderzuschlag kann Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst der zweiten Einstiegsebene der Laufbahn der Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung mit dem fachlichen Schwerpunkt Vollzugsdienst in Abschiebungshaft- und Ausreisegewahrsamseinrichtungen gewährt werden.
2. Der Anwärtersonderzuschlag darf nur gezahlt werden, wenn zum Zeitpunkt der Einstellung in den Vorbereitungsdienst ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern besteht. Die Einstellungsbehörde dokumentiert im Rahmen des Bewerbungsverfahrens zum Vorbereitungsdienst das Vorliegen des erheblichen Bewerbermangels im Sinne von Satz 1 in geeigneter Weise.
3. Der Zuschlag wird für die Dauer des gesamten Vorbereitungsdienstes gezahlt.

II. Höhe des Anwärtersonderzuschlages

Der Anwärtersonderzuschlag beträgt monatlich 70 Prozent des zustehenden Anwärtergrundbetrages.

III. Auflagen

Der Anwärtersonderzuschlag wird mit den Auflagen gewährt, dass

1. der Anwärter nicht vor Abschluss des Vorbereitungsdienstes oder wegen schuldhaften Nichtbestehens der

Laufbahnprüfung aus dem Beamtenverhältnis ausscheidet und

2. der Anwärter nach Bestehen der Laufbahnprüfung mindestens fünf Jahre im Dienst des Freistaates Sachsen in der Laufbahn verbleibt, für die er die Befähigung erworben hat, oder, wenn das Beamtenverhältnis nach Bestehen der Laufbahnprüfung endet, in derselben Laufbahn in ein neues Beamtenverhältnis zum Freistaates Sachsen für mindestens die gleiche Zeit eintritt. Die Laufbahn bestimmt sich nach der Fachrichtung und dem fachlichen Schwerpunkt.

IV. Rückforderung

Werden die in Ziffer III genannten Auflagen aus Gründen nicht erfüllt, die der Beamte zu vertreten hat, ist der Anwärtersonderzuschlag in voller Höhe zurückzuzahlen. Der Rückzahlungspflicht unterliegt der Bruttobetrag. Der Rückforderungsbetrag vermindert sich für jedes nach Bestehen der Laufbahnprüfung abgeleistete volle Dienstjahr um jeweils ein Fünftel.

V. Ergänzende Vorschriften

Ziffer II Nummer 73.2.1 bis 73.2.6 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zum Vollzug des Sächsischen Besoldungsgesetzes vom 17. November 2015 (SächsABl. SDr. 2016 S. S 2), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 8. Dezember 2017 (SächsABl. SDr. S. S 378), in der jeweils geltenden Fassung, gilt entsprechend.

VI. Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 20. Mai 2019

Der Staatsminister des Innern
Prof. Dr. Roland Wöller

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie

des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus

zur Gewährung von Zuwendungen zur Herstellung und Verbesserung der digitalen Infrastruktur in Schulen (RL Digitale Schulen)

Vom 21. Mai 2019

I. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Der Freistaat Sachsen gewährt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf der Grundlage von §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 27. Februar 2019 (SächsABl. S. 451) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 8. Dezember 2017 (SächsABl. SDr. S. S 378), sowie nach der Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 vom 16. Mai 2019 (VV) auf Antrag finanzielle Hilfen nach Maßgabe dieser Richtlinie.
2. Zuwendungszweck ist die Errichtung und Verbesserung digitaler technischer Infrastrukturen sowie Lehr-Lern-Infrastrukturen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen unabhängig von der Trägerschaft.
3. Ein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht nicht. Die Bewilligungsstelle entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

II. Gegenstand der Förderung

1. Gefördert werden Maßnahmen in Schulgebäuden und auf Schulgeländen in den Bereichen
 - a) Aufbau, Erweiterung oder Verbesserung der digitalen Vernetzung, einschließlich Schulserver;
 - b) Herstellung eines drahtlosen Netzzugangs;
 - c) Anzeige- und Interaktionsgeräte, insbesondere Displays und interaktive Tafeln, einschließlich entsprechender Steuerungsgeräte;
 - d) digitale Arbeitsgeräte, insbesondere für die technisch-naturwissenschaftliche Bildung oder die berufsbezogene Ausbildung wie insbesondere Desktop-Arbeitsplatzcomputer;
 - e) schulgebundene Laptops, Notebooks und Tablets als mobile Endgeräte.jeweils einschließlich Planung, Aufbau und Inbetriebnahme bestehend aus Integration, Umsetzung und Installation.

2. Investive Begleitmaßnahmen werden dann gefördert, wenn ein unmittelbarer und notwendiger Zusammenhang mit einer Maßnahmen nach Nummer 1 besteht. Dazu zählen neben dem Erwerb von Lizenzen für zum Betrieb, zur Nutzung und zur Wartung der Geräte und Netze erforderliche Software auch projektvorbereitende und -begleitende Beratungsleistungen externer Dienstleister, die einer möglichst wirtschaftlichen Projektumsetzung dienen, etwa Kurzeinweisungen zu installierten Geräten.

III. Zuwendungsempfänger

Zuwendungen können gewährt werden an

1. Gemeinden, Landkreise und an kommunale Zusammenschlüsse als Träger von Schulen gemäß § 4 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung;
2. freie Träger entsprechender genehmigter Ersatzschulen, die gemäß § 14 des Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft vom 8. Juli 2015 (SächsGVBl. S. 434), das zuletzt durch Artikel 18 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, durch den Freistaat Sachsen bezuschusst werden und deren Wartefrist abgelaufen ist und
3. freie Träger staatlich anerkannter Internationaler Schulen.

IV. Zuwendungsvoraussetzungen

1. Eine Förderung wird nur gewährt für Maßnahmen, mit denen nicht vor dem 17. Mai 2019 begonnen worden ist und bei denen eine vollständige Abnahme bis zum 31. Dezember 2024 gesichert erscheint. Der vorzeitige förderunschädliche Maßnahmebeginn gemäß Nummer 1.3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung oder gemäß Nummer 1.3 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften – VVK) wird entsprechend zugelassen.
2. Eine Zuwendung wird nur gewährt, wenn der Antragsteller Eigentümer oder Erbbauberechtigter des betroffenen Grundstücks ist oder vertraglich zur Vornahme der Investition berechtigt ist.

V. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

1. Zuwendungsart
Projektförderung
2. Finanzierungsart
Festbetragsfinanzierung
3. Form der Zuwendung
Die Zuwendung erfolgt als nicht rückzahlbarer Zuschuss an den zuwendungsfähigen Ausgaben.
4. Bemessungsgrundlage
Es werden die in Anlage 1 aufgeführten Festbeträge gewährt. Die auf die Erfüllung des Zuwendungszwecks gerichteten zuwendungsfähigen Ausgaben sind im Rahmen des Verwendungsnachweises zu erklären. Überfinanzierungen sind unzulässig. Nicht zu den zuwendungsfähigen Ausgaben gehören
 - a) Ausgaben für die Beschaffung von Smartphones;
 - b) Ausgaben für überwiegend für Verwaltungsaufgaben genutzte Geräte und Netze;
 - c) Personal- und Sachausgaben des Zuwendungsempfängers;
 - d) Ausgaben für Betrieb, Wartung und IT-Support.

- und maximal verfügbaren Bandbreite des Internetanschlusses für jede in den Antrag einbezogene Schule;
- c) Angaben zu Beginn und Ende der Maßnahme;
- d) die geschätzten Gesamtausgaben der Maßnahme;
- e) die erforderliche Zuwendung entsprechend den in Anlage 1 genannten Festbeiträgen;
- f) den Kosten- und Finanzierungsplan für jede in den Antrag einbezogene Schule;
- g) Bestätigung über ein auf die Ziele der Investitionsmaßnahme abgestimmtes Konzept des Antragstellers über die Sicherstellung von Betrieb, Wartung und IT-Support;
- h) ein technisch-pädagogisches Einsatzkonzept mit Berücksichtigung medienpädagogischer, didaktischer und technischer Aspekte auf der Grundlage des Medienbildungskonzeptes für jede in den Antrag einbezogene Schule;
- i) eine bedarfsgerechte Fortbildungsplanung für die Lehrkräfte für jede in den Antrag einbezogene Schule;
- j) eine Erklärung des Antragstellers, dass die zu erstellenden digitalen Netze und die zu beschaffenden digitalen Geräte technologieoffen, erweiterungs- und anschlussfähig an regionale, landesweite und länderübergreifende Systeme sind.

VI. Budgetverfahren

1. Die zur Verfügung stehenden Programmmittel werden auf die Träger öffentlicher und freier Schulen gemäß der Übersicht in Anlage 2 aufgeteilt (Schulträgerbudget). Der Zuwendungsempfänger hat im Rahmen der Beantragung das ihm zugewiesene Budget nach Satz 1 zu beachten.
2. Bewilligungen aus dem Schulträgerbudget sind bis zur Höhe des jeweiligen Budgetbetrages nur möglich für bis zum 30. Juni 2020 vollständig bei der Bewilligungsstelle eingereichte Anträge.
3. Anträge nach Nummer 2 sind unverzüglich, spätestens jedoch sechs Monate nach Antragseingang, durch die Bewilligungsstelle zu entscheiden.
4. Nach Abschluss des Verfahrens gemäß Nummer 1 bis 3 entfällt die Bindung an die Schulträgerbudgets nach Nummer 1. Ab diesem Zeitpunkt gestellte Anträge können bewilligt werden, wenn hierfür entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Das Staatsministerium für Kultus kann nach Anhörung des Sächsischen Landkreistages e.V., des Sächsischen Städte- und Gemeindetages e.V. sowie der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände von Schulen in freier Trägerschaft in Sachsen ergänzende Kriterien zur Priorisierung derartiger Anträge festlegen.

2. Eine gemeindewirtschaftliche Stellungnahme nach Großbuchstabe B der VwV Kommunale Haushaltswirtschaft vom 11. Dezember 2017 (SächsABL. S. 1709) in der jeweils geltenden Fassung, ist entbehrlich.
3. Die Weiterleitung der gewährten Zuwendungen an Dritte ist ausgeschlossen.
4. Nummer 6 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung sowie Nummer 6 VVK finden keine Anwendung.
5. Eine Kumulierung der Förderung nach dieser Verwaltungsvorschrift mit anderen landes-, bundes-, oder EU-finanzierten Zuwendungen ist ausgeschlossen. Unbenommen hiervon ist die Bildung von selbständigen Projektabschnitten (Bauabschnitte).
6. Abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung beziehungsweise Nummer 7.1 VVK finden Auszahlungen nur als Erstattung statt. Je in den Antrag einbezogener Schule können höchstens zwei Teilbeträge ausgezahlt werden. Spätestens mit der zweiten Auszahlung ist der Verwendungs- oder Teilverwendungsnachweis vorzulegen. Auszahlungen für Teilmaßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe b bis e erfolgen dann, wenn die hierfür jeweils erforderliche Netzinfrastruktur im Sinne von Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a in den jeweiligen Räumen vorhanden beziehungsweise erstellt worden ist.

VII. Verfahren

1. Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB), Pirnaische Straße 9, 01069 Dresden. Die Beantragung erfolgt auf Vordrucken der Bewilligungsstelle. Der Antrag enthält insbesondere
 - a) Angaben zu allen in den Antrag einbezogenen Schulen;
 - b) eine Bestandsaufnahme der bestehenden Ausstattungsniveaus im Hinblick auf die in Ziffer II Nummer 1 genannten Fördergegenstände sowie Angaben zur aktuell am Schulstandort bestehenden

7. Verwendungs- beziehungsweise Teilverwendungsnachweis bestehen aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Mit dem Verwendungsnachweis ist die Einhaltung aller für das Vorhaben einschlägigen Vergabebestimmungen durch den Zuwendungsempfänger gegenüber der Bewilligungsstelle zu erklären.
8. Die Zuwendungsempfänger haben auf die Förderung auf Bauschildern und nach Fertigstellung der Maßnahme gemäß § 44a der Sächsischen Haushaltsordnung hinzuweisen. Das Nähere regelt ein Erlass des Staatsministeriums für Kultus.

9. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Regelungen der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung einschließlich deren Anlagen,

soweit nicht in dieser Verwaltungsvorschrift Abweichungen zugelassen worden sind.

VIII. Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 21. Mai 2019

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

Anlage 1

(zu Ziffer V Nummer 4)

Schulartunabhängige Festbeträge

		Festbetrag
1.	ab dem zweiten schulisch genutzten Gebäude an einem Standort für die Vernetzung der Gebäude untereinander	5 000 Euro
2.	für die Herstellung eines passiven, leitungsbasierten Netzzuganges in pädagogisch genutzten Räumen. Hierzu zählen insbesondere Unterrichtsräume, Fachkabinette, Bibliotheken, Aulen, Lehrerarbeits- und Vorbereitungsräume, Sporthallen sowie Außenflächen im Sinne „grüner Klassenzimmer“.	3 050 Euro je pädagogisch genutztem Raum
3.	für die Ergänzung eines drahtlosen Netzzuganges in leitungsbasiert ausgestatteten (vergleiche Buchstabe c), pädagogisch genutzten Räumen. Hierzu zählen insbesondere Unterrichtsräume, Fachkabinette, Bibliotheken, Aulen, Lehrerarbeits- und Vorbereitungsräume, Sporthallen sowie Außenflächen im Sinne „grüner Klassenzimmer“.	750 Euro je pädagogisch genutztem Raum
4.	je Raum für Anzeige- und Interaktionsgeräte, insbesondere Displays und interaktive Tafeln, einschließlich entsprechender Steuerungsgeräte in pädagogisch genutzten Räumen. Hierzu zählen Klassenräume, Fachkabinette, Aulen und Sporthallen.	4 000 Euro
5.	für die Beschaffung digitaler Arbeitsgeräte insbesondere für die technisch-naturwissenschaftliche Bildung oder die berufsbezogene Ausbildung	850 Euro je Desktop-Arbeitsplatzrechner
6.	für die Beschaffung mobiler Endgeräte	450 Euro je Tablet; 600 Euro je Laptop oder Notebook, bei allgemeinbildenden Schulen begrenzt auf 25 000 Euro Gesamtkosten für mobile Endgeräte je allgemeinbildender Schule oder 20 Prozent des Gesamtinvestitionsvolumens an allen allgemeinbildenden Schulen des Schulträgers

Schulartabhängige Festbeträge

je schulisch genutztem Gebäude insbesondere für die Installation aktiver Netzwerkkomponenten (insbesondere Server)	
an Grundschulen, Förderschulen, Klinikschulen, Beruflichen Gymnasien, Fachschulen, Fachoberschulen, Berufsschulen	4 000 Euro
an Oberschulen	7 500 Euro
an allgemeinbildenden Gymnasien	10 000 Euro
an Beruflichen Schulzentren	20 000 Euro
an Berufsfachschulen	1 000 Euro
Der Festbetrag wird nur gewährt, wenn	
a) für mindestens 12 Monate nach Abschluss des Vorhabens die Erschließung der Schule durch einen Glasfaseranschluss (FTTB) von keinem Anbieter zu erwarten ist oder	
b) erklärt wird, dass an der Schule spezifische Anforderungen an Datendurchsatz, Bandbreite, Latenz, Datenhaltung, Datensicherheit, das Daten- oder Gerätemanagement bestehen, die ohne einen lokalen Server nicht erreicht werden.	

Das Sächsische Staatsministerium für Kultus kann darüber hinaus ergänzende oder abweichende Festbeträge festlegen.

Anlage 2

zur Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus
zur Gewährung von Zuwendungen zur Herstellung und Verbesserung der digitalen Ausstattung von Schulen
(RL Digitale Schulen)

Ifd. Nr.	Schulträger	Summe Schulträgerbudget
	Freie Träger	
1	AFBB – Akademie für berufliche Bildung gGmbH Dresden	544.726,72 €
2	AGK Hoyerswerda e. V.	14.785,63 €
3	AHFSchulverein e. V.	71.385,83 €
4	Akademie für Kreativitätspädagogik Leipzig gGmbH	24.219,00 €
5	AKG Klinik Hohwald GmbH	29.638,16 €
6	Aktive Schule Leipzig e. V.	53.121,23 €
7	ASG – Anerkannte Schulgesellschaft GmbH	976.386,86 €
8	Augsburger Lehmbaugesellschaft Leipzig gGmbH	352.981,85 €
9	AWO SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft GmbH	176.490,92 €
10	BBS Sachsen-Akademie für berufliche Aus- und Weiterbildung gGmbH	270.824,59 €
11	Behindertenhilfe Limbach-Oberfrohna e. V.	80.819,19 €
12	Berufsbildungswerk Leipzig für Hör- und Sprachgeschädigte gGmbH	312.103,93 €
13	Berufsbildungswerk Sachsen GmbH	128.588,16 €
14	Bethanien Krankenhaus gGmbH Chemnitz	57.938,26 €
15	Betriebsgesellschaft Heilpädagogik-Bonnewitz gGmbH	184.586,22 €
16	Betriebsgesellschaft Heilpädagogik-Dresden gGmbH	127.986,03 €
17	Bildungsakademie Dresden – Institut für Fortbildung und Umschulung GmbH – Freigemeinnützige Trägerschaft	282.934,08 €
18	Bildungsstätte für Medizinal- und Sozialberufe gGmbH Hoyerswerda	224.995,82 €
19	Bildungswerk der sächsischen Wirtschaft e. V.	190.005,39 €
20	Bildungswerk der Sächsischen Wirtschaft gGmbH	158.828,45 €
21	Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Leipzig (BzGL) GmbH	106.376,26 €
22	Bildungszentrum Püchau e. V.	80.819,19 €
23	BIP Bildungs- & InnovationsPortal Chemnitz	95.671,73 €
24	BIP Kreativitätszentrum gemeinnützige GmbH	548.272,60 €
25	Bistum Dresden-Meißen	919.318,34 €
26	BZE – Schulungsgesellschaft Erzgebirge gGmbH	123.235,89 €
27	Caritas-Trägergesellschaft St. Mauritius gGmbH (ctm)	90.252,56 €
28	Caritasverband für das Bistum Dresden-Meißen e. V.	53.857,16 €
29	Christen machen Schule Zwickau gGmbH	100.288,06 €
30	Christliche Schulen Dresden gGmbH	311.769,41 €
31	Christlicher Schulverein Radeberger Land e. V.	43.085,73 €
32	Christlicher Schulverein Döbeln-Technitz e. V.	43.085,73 €
33	Christlicher Schulverein e. V.	123.235,89 €
34	Christlicher Schulverein Freiberg e. V.	141.968,82 €
35	Christlicher Schulverein Riesa e. V.	80.819,19 €
36	Christlicher Schulverein Schirgiswalde e. V.	66.635,69 €
37	Christlicher Schulverein Wilsdruffer Land e. V.	226.869,11 €
38	Christliches Schulzentrum „Rudolf Stempel“ Riesa e. V.	79.414,23 €
39	CSW – Christliches Sozialwerk gemeinnützige GmbH	255.972,05 €
40	CULTUS+ e. V.	43.085,73 €
41	DAA Deutsche Angestellten-Akademie GmbH	63.290,53 €
42	Da-Vinci-Campus Nauen gGmbH	154.881,16 €
43	Deutsches Erwachsenen-Bildungswerk in Sachsen(DEB), gemeinnützige Schulträger-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	10.771,43 €
44	Diakonie Riesa-Großenhain gGmbH -Geschäftsstelle	71.385,83 €
45	Diakoniewerk Oberlausitz e. V. Großenhennersdorf	239.714,55 €
46	„Diakonisches Werk der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens im Kirchbezirk Freiberg e. V.“	99.685,93 €
47	Diakonisches Werk Innere Mission Leipzig e. V.	123.904,92 €
48	Diakonissenanstalt „Emmaus“	29.638,16 €
49	DIS – Dresden Internationale Schule gGmbH	235.700,35 €

lfd. Nr.	Schulträger	Summe Schulträgerbudget
50	Don Bosco Jugend-Werk gGmbH Sachsen	165.251,17 €
51	Donner+Kern gGmbH	91.590,63 €
52	DPFA-Schulen gemeinnützige GmbH	1.529.075,08 €
53	Dr. Hirsch gemeinnützige Schulgesellschaft mbH	29.638,16 €
54	Dr. P. Rahn & Partner Schulen in freier Trägerschaft gemeinnützige Schulgesellschaft mbH	637.856,13 €
55	DRK Bildungswerk Sachsen gemeinnützige GmbH	584.734,90 €
56	DRK Gemeinnützige Krankenhaus GmbH Sachsen	67.371,63 €
57	epharisto e. V.	81.421,32 €
58	Erste Europäische Schule für Physio-, Ergo- und Sporttherapie Klinik BAVARIA GmbH	57.938,26 €
59	Erste Europäische Schule für Physio-, Ergo- und Sporttherapie Klinik BAVARIA GmbH Krei- scha/Sachsen	86.238,36 €
60	EURAKA-Exklusiv, Internationale Pflegefachschulen gGmbH	76.805,00 €
61	Europäisches Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft e. V.	129.324,09 €
62	Euro-Schulen gemeinnützige Gesellschaft für berufliche Bildung und Beschäftigung Sachsen mbH	1.060.149,80 €
63	Ev. Diakonissenkrankenhaus Leipzig gemeinnützige GmbH	29.638,16 €
64	Ev.-Luth. Diakonissenanstalt Dresden e. V.	125.309,89 €
65	Ev.-Luth. Kirchenbezirk Leipzig	443.836,54 €
66	Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsens	101.023,99 €
67	Ev.-Luth. Superintendentur Dresden Nord, Mitte und West	324.681,75 €
68	Evangelische Behindertenhilfe Dresden und Umland gGmbH	127.986,03 €
69	Evangelische Grundschule St. Martin e. V.	43.085,73 €
70	Evangelische Mittelschule Milkau e. V.	85.502,43 €
71	Evangelische Schulgemeinschaft Erzgebirge e. V.	306.417,15 €
72	Evangelischer Montessori-Schulverein Erlbach-Kirchberg e. V.	43.085,73 €
73	Evangelischer Montessorischulverein Plauen e. V.	199.973,98 €
74	Evangelischer Schulverein „Apfelbaum“ e. V.	43.085,73 €
75	Evangelischer Schulverein Auerbach e. V.	43.085,73 €
76	Evangelischer Schulverein Coswig e. V.	109.721,42 €
77	Evangelischer Schulverein Frankenberg/Sa. e. V.	80.819,19 €
78	Evangelischer Schulverein Großrückerswalde e. V.	142.102,62 €
79	Evangelischer Schulverein Hochkirch e. V.	66.635,69 €
80	Evangelischer Schulverein Hormersdorf e. V.	43.085,73 €
81	Evangelischer Schulverein im Landkreis Bautzen e. V.	375.728,97 €
82	Evangelischer Schulverein Leukersdorf e. V.	136.616,55 €
83	Evangelischer Schulverein Lunzenau e. V.	113.802,52 €
84	Evangelischer Schulverein Niesky/Görlitz e. V.	90.854,69 €
85	Evangelischer Schulverein Oßling e. V.	109.721,42 €
86	Evangelischer Schulverein Pirna e. V.	275.440,91 €
87	Evangelischer Schulverein Radebeul e. V.	62.554,59 €
88	Evangelischer Schulverein Rochlitzer Land e. V.	43.085,73 €
89	Evangelischer Schulverein Sächsische Schweiz e. V.	43.085,73 €
90	Evangelischer Schulverein Schneeberg e. V.	204.055,09 €
91	Evangelischer Werkschulverein e. V.	66.635,69 €
92	Evangelisches Schulzentrum Bad Dübener e. V.	141.968,82 €
93	Evangelisches Schulzentrum Delitzsch e. V.	24.219,00 €
94	Evangelisches Schulzentrum Muldentale e. V.	189.135,65 €
95	F+U Gemeinnützige Bildungseinrichtung für Fortbildung und Umschulung Sachsen GmbH	611.161,71 €
96	FES Dresden gGmbH	241.788,55 €
97	Förderkreis für Lutherische Schulen e. V. Zwickau	80.819,19 €
98	FORTIS-AKADEMIE Gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH	300.395,85 €
99	forum thomanum Schulen GmbH	71.385,83 €
100	Frau Heike Preißer	110.457,36 €
101	Freie Alternativschule Dresden e. V.	109.721,42 €
102	Freie Berufliche Schule Lugau gGmbH	44.423,80 €
103	Freie Schule Boxberg/O.L. e. V.	66.635,69 €
104	Freie Schule Erzgebirgsblick gGmbH	104.369,16 €
105	Freie Schule Leipzig e. V.	109.721,42 €

lfd. Nr.	Schulträger	Summe Schulträgerbudget
106	Freie Schule Schwepnitz e. V.	119.154,79 €
107	Freier Evangelischer Schulverein Chemnitz e. V.	340.069,51 €
108	Freies Berufsschulzentrum „Fritz Müller“ gemeinnützige GmbH	111.795,43 €
109	futurum vogtland e. V.	146.718,95 €
110	GAW – Institut für berufliche Bildung gemeinnützige GmbH	29.638,16 €
111	GBS – Gemeinnützige GmbH für technische und kaufmännische berufsbildende Schulen Leipzig	99.685,93 €
112	Gemeinnützige Ausbildungs- und Beratungsgesellschaft mbH Werdau	171.138,66 €
113	Gemeinnützige Gesellschaft TÜV Rheinland Bildungswerk mbH	379.743,17 €
114	Gemeinnütziges Schulungszentrum für Sozialwesen gGmbH Auerbach	148.190,82 €
115	GGB – Gesellschaft zur ganzheitlichen Bildung gGmbH	24.219,00 €
116	gruuna Schule gGmbH	28.902,23 €
117	HANSA Handelsschule gGmbH	86.171,46 €
118	HEC Bildungsakademie GmbH	101.023,99 €
119	HELIOS Klinikum Aue GmbH	86.238,36 €
120	HELIOS Vogtland-Klinikum Plauen GmbH	48.504,90 €
121	Helmut Rödler Schule für Krankengymnastik/Physiotherapie Chemnitz gGmbH	76.805,00 €
122	HOGA Schloss Albrechtsberg gSchulgesellschaft mbH	565.065,33 €
123	Huckepack e. V.	350.907,84 €
124	HUMANA gGmbH Medizinische und soziale Bildung	91.590,63 €
125	IAJ Institut für Ausbildung Jugendlicher gGmbH	385.764,47 €
126	IB – Gesellschaft für interdisziplinäre Studien mbH (IB-GIS)	29.638,16 €
127	IB Gesellschaft für interdisziplinäre Studien mbH (IB-GIS)	121.228,79 €
128	ibfl – Institut für berufsbildende Fachschulen und Lehrgänge e. V.	278.852,98 €
129	Institut für Gesundheit und Soziales gGmbH	95.671,73 €
130	Institut für Wissen und Bildung private Berufsfachschulen GmbH	148.792,95 €
131	International School Leipzig e. V.	348.900,74 €
132	Internationaler Bund – IB Mitte gGmbH gemeinnützige Gesellschaft für Bildung und soziale Dienste mbH	59.276,33 €
133	IWU gGmbH	95.671,73 €
134	Jacob Böhme Schule e. V.	113.802,52 €
135	Johannesbad Akademie GmbH	142.838,56 €
136	Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.	336.858,15 €
137	Jugendstätten Stocker gGmbH	48.437,99 €
138	Karl Schubert Schule Leipzig. Freie Waldorfschule e. V.	94.935,79 €
139	Katholische Wohltätigkeitsanstalt zur Heiligen Elisabeth	29.638,16 €
140	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e. V. Chemnitz	43.085,73 €
141	Kinderbetreuungs- und Bildungsträger St. Egidien gGmbH	123.235,89 €
142	Kinderland Sachsen e. V.	43.085,73 €
143	Kompakt – Schule mit Zukunft gemeinnützige Schulträgergesellschaft mbH	173.011,95 €
144	Lebenswelt Schule e. V.	43.085,73 €
145	Lernen plus gemeinnützige GmbH Schloss Schönefeld	118.552,66 €
146	Ludwig Fresenius Schulen Erfurt gemeinnützige GmbH	126.647,96 €
147	MaxQ – im bfw – Unternehmen für Bildung	48.504,90 €
148	Miteinander – Freie Werkschule Meißen e. V.	152.807,15 €
149	Montessori-Verein Annaberg e. V.	80.819,19 €
150	Montessori-Verein Chemnitz e. V.	283.469,31 €
151	Obervogtländischer Verein für Innere Mission Marienstift e. V.	256.574,18 €
152	Ökumenischer Schulverein Burkhardtsdorf e. V.	179.836,09 €
153	Omse e. V.	207.400,25 €
154	PEZ Bildungs- und Schulungs-gGmbH	57.938,26 €
155	Private Schule IBB gGmbH Dresden	692.984,45 €
156	Privates Bildungszentrum für soziale und medizinische Berufe Oschatz GmbH	157.624,19 €
157	PRO MONTESSORI e. V.	90.854,69 €
158	Sabel Freital gAG	166.321,62 €
159	Sächsisches Epilepsiezentrum Radeberg gGmbH	99.685,93 €
160	Sana Kliniken Leipziger Land GmbH	29.638,16 €
161	Saxony International School – Carl Hahn gemeinnützige GmbH	1.209.812,50 €

lfd. Nr.	Schulträger	Summe Schulträgerbudget
162	SBH Südost GmbH	76.805,00 €
163	Schkola gGmbH	341.942,80 €
164	Schulen für gemeinschaftliches Lernen e. V.	109.721,42 €
165	Schulstiftung der Evangelischen Brüder-Unität Herrnhut	193.216,75 €
166	Schulträgerverein Johanneum Hoyerswerda e. V.	240.383,58 €
167	Schulträgerverein Weißenberg e. V.	66.635,69 €
168	Schulverein der Oberschule Bernsdorf e. V. c/o Bernsdorfer Wohnungsbaugesellschaft mbH	66.635,69 €
169	Schulverein Lernwelten e. V.	69.980,86 €
170	Seehaus e. V.	21.542,86 €
171	Semper Media gGmbH	105.038,19 €
172	Semper Schulen gGmbH	126.581,06 €
173	Semper Schulen Media gGmbH	379.207,94 €
174	SFZ Förderzentrum gGmbH	210.611,61 €
175	Sozialpflegeschulen Heimerer GmbH	821.840,22 €
176	Sozial-Psychologisches Institut Thalheim gGmbH	63.290,53 €
177	SRH Hochschulen Berlin GmbH	14.785,63 €
178	SSA – Sächsische Sozialakademie gGmbH	176.490,92 €
179	St. Elisabeth-Krankenhaus Leipzig gGmbH des Katholischen Kirchenlehens St. Trinitatis	29.638,16 €
180	Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung	71.385,83 €
181	Stiftung Herrnhuter Diakonie	137.419,39 €
182	„Thüringer Sozialakademie gGmbH Regionalbüro Sachsen“	91.590,63 €
183	Trägerverein	76.069,06 €
184	Trägerverein „Jenaplanschule im Erzgebirge“ e. V.	194.621,72 €
185	Trägerverein der Sankt-Martin-Grundschule Zwochau pro Montessori e. V.	43.085,73 €
186	Trägerverein Europäisches Gymnasium Waldenburg e. V.	519.905,60 €
187	Trägerverein Freie Schule Rietschen e. V.	66.635,69 €
188	Trägerverein Gymnasium Penig e. V.	126.581,06 €
189	Trägerverein Humanistisches Greifenstein Gymnasium Thum (HGGT) e. V.	192.614,62 €
190	Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden	237.172,22 €
191	Universitätsklinikum Leipzig AöR	340.939,25 €
192	UNIVERSUM-AKADEMIE GmbH	57.938,26 €
193	Verein der Freien Waldorfschule Dresden e. V.	245.869,65 €
194	Verein der Neuen Waldorfschule Dresden e. V.	66.635,69 €
195	Verein der Waldorfschulgemeinschaft Leipzig e. V.	189.269,45 €
196	Verein Evangelische Grundschule Bräunsdorf – Limbach-Oberfrohna e. V.	43.085,73 €
197	Verein für Motivation, Kommunikation und berufliche Bildung e. V.	195.357,66 €
198	Verein zur beruflichen Förderung und Ausbildung behinderter und sozial benachteiligter Jugendlicher e. V.	271.226,01 €
199	Volkssolidarität Leipziger Land/Muldental e. V.	154.881,16 €
200	WAD Bildungsakademie GmbH Dresden	171.138,66 €
201	Waldorfschulverein Chemnitz e. V.	251.221,92 €
202	WBS TRAINING Schulen gemeinnützige GmbH	634.577,86 €
203	Zisterziensensinnenabtei St. Marienstern	71.385,83 €
	Summe freie Träger	36.796.417,31 €

lfd. Nr.	Schulträger	Summe Schulträgerbudget
	Öffentliche Träger	
204	Adorf/Vogtl., Stadt	235.242,15 €
205	Altenberg, Stadt	332.929,51 €
206	Amtsberg	86.285,11 €
207	Annaberg-Buchholz, Stadt	620.250,03 €
208	Arnsdorf	97.687,36 €
209	Arzberg	52.078,36 €
210	Aue-Bad Schlema, Stadt	523.371,34 €
211	Auerbach	201.035,41 €
212	Auerbach/Vogtl., Stadt	1.040.435,05 €
213	Augustusburg, Stadt	97.687,36 €
214	Bad Brambach	29.273,86 €
215	Bad Düben, Stadt	315.057,90 €
216	Bad Elster, Stadt	120.491,86 €
217	Bad Gottleuba-Berggießhübel, Stadt	258.046,65 €
218	Bad Lausick, Stadt	315.057,90 €
219	Bad Muskau, Stadt	97.687,36 €
220	Bad Schandau, Stadt	86.285,11 €
221	Bannewitz	389.940,76 €
222	Bärenstein	86.285,11 €
223	Bautzen, Stadt	2.012.456,61 €
224	Beiersdorf	52.078,36 €
225	Beilrode	246.644,40 €
226	Belgern-Schildau, Stadt	172.570,22 €
227	Belgershain	97.687,36 €
228	Bennewitz	97.687,36 €
229	Bernsdorf	52.078,36 €
230	Bernsdorf, Stadt	120.491,86 €
231	Bernstadt a. d. Eigen, Stadt	160.359,30 €
232	Bertsdorf-Hörnitz	52.078,36 €
233	Bischofswerda, Stadt	499.030,37 €
234	Bobritzsch-Hilbersdorf	282.387,63 €
235	Böhlen, Stadt	326.460,15 €
236	Borna, Stadt	971.293,75 €
237	Borsdorf	143.296,36 €
238	Boxberg/O.L.	97.687,36 €
239	Brand-Erbisdorf, Stadt	417.678,15 €
240	Brandis, Stadt	748.181,65 €
241	Breitenbrunn/Erzgeb.	264.516,02 €
242	Burgstädt, Stadt	425.683,98 €
243	Burkau	63.480,61 €
244	Burkhardtsdorf	109.089,61 €
245	Callenberg	97.687,36 €
246	Cavertitz	52.078,36 €
247	Chemnitz, Stadt	12.536.247,71 €
248	Claußnitz	212.437,66 €
249	Colditz, Stadt	241.711,52 €
250	Coswig, Stadt	1.006.228,30 €
251	Crimmitschau, Stadt	892.205,81 €
252	Crostwitz	52.078,36 €
253	Crottendorf	86.285,11 €
254	Cunewalde	86.285,11 €
255	Dahlen, Stadt	97.687,36 €
256	Delitzsch, Stadt	853.227,91 €
257	Demitz-Thumitz	52.078,36 €
258	Diera-Zehren	52.078,36 €
259	Dippoldiswalde, Stadt	659.389,66 €
260	Döbeln, Stadt	1.195.942,33 €

lfd. Nr.	Schulträger	Summe Schulträgerbudget
261	Doberschütz	74.882,86 €
262	Dohna, Stadt	269.448,90 €
263	Dommitzsch, Stadt	97.687,36 €
264	Drebach	115.558,97 €
265	Dreiheide	52.078,36 €
266	Dresden, Stadt	27.970.284,13 €
267	Dürrröhrsdorf-Dittersbach	97.687,36 €
268	Ebersbach	235.242,15 €
269	Ebersbach-Neugersdorf, Stadt	435.549,76 €
270	Ehrenfriedersdorf, Stadt	303.655,65 €
271	Eibenstock, Stadt	310.125,01 €
272	Eichigt	52.078,36 €
273	Eilenburg, Stadt	601.650,61 €
274	Ellefeld	63.480,61 €
275	Elsterberg, Stadt	74.882,86 €
276	Elstra, Stadt	223.839,91 €
277	Elterlein, Stadt	63.480,61 €
278	Eppendorf	292.253,40 €
279	Erlau	52.078,36 €
280	Erzgebirgskreis	5.624.139,36 €
281	Falkenstein/Vogtl., Stadt	350.801,12 €
282	Flöha, Stadt	640.790,25 €
283	Frankenberg/Sa., Stadt	673.298,79 €
284	Frauenstein, Stadt	63.480,61 €
285	Fraureuth	97.687,36 €
286	Freiberg, Stadt	1.848.862,63 €
287	Freital, Stadt	1.313.118,64 €
288	Froburg, Stadt	476.225,87 €
289	Geithain, Stadt	241.711,52 €
290	Gelenau/Erzgeb.	86.285,11 €
291	Geringswalde, Stadt	97.687,36 €
292	Gersdorf	63.480,61 €
293	Geyer, Stadt	97.687,36 €
294	Glashütte, Stadt	183.972,47 €
295	Glauchau, Stadt	1.069.708,91 €
296	Göda	97.687,36 €
297	Gohrisch	74.882,86 €
298	Görlitz, Stadt	3.019.655,31 €
299	Gornau/Erzgeb.	97.687,36 €
300	Gornsdorf	52.078,36 €
301	Grimma, Stadt	1.408.379,98 €
302	Gröditz, Stadt	292.253,40 €
303	Groitzsch, Stadt	570.678,54 €
304	Großdubrau	97.687,36 €
305	Großenhain, Stadt	1.292.821,01 €
306	Großharthau	86.285,11 €
307	Großhartmannsdorf	52.078,36 €
308	Großolbersdorf	63.480,61 €
309	Großpösna	97.687,36 €
310	Großpostwitz/O.L.	52.078,36 €
311	Großröhrsdorf, Stadt	195.374,72 €
312	Großrückerswalde	74.882,86 €
313	Großschirma, Stadt	126.961,22 €
314	Großschönau	235.242,15 €
315	Großweitzschen	52.078,36 €
316	Grünhain-Beierfeld, Stadt	269.448,90 €
317	Grünhainichen	63.480,61 €
318	Hainichen, Stadt	360.666,90 €

lfd. Nr.	Schulträger	Summe Schulträgerbudget
319	Halsbrücke	310.125,01 €
320	Hartenstein, Stadt	258.046,65 €
321	Hartha, Stadt	241.711,52 €
322	Hartmannsdorf	86.285,11 €
323	Hartmannsdorf b. Kirchberg	52.078,36 €
324	Haselbachtal	97.687,36 €
325	Heidenau, Stadt	954.958,61 €
326	Heinsdorfergrund	52.078,36 €
327	Hermisdorf/Erzgeb.	40.676,11 €
328	Herrnhut, Stadt	104.156,72 €
329	Hirschfeld	63.480,61 €
330	Hirschstein	74.882,86 €
331	Hochkirch	63.480,61 €
332	Hohendubrau	52.078,36 €
333	Hohenstein-Ernstthal, Stadt	816.595,15 €
334	Hohndorf	86.285,11 €
335	Hohnstein, Stadt	52.078,36 €
336	Horka	97.687,36 €
337	Hoyerswerda, Stadt	1.475.176,14 €
338	Jahnsdorf/Erzgeb.	86.285,11 €
339	Jesewitz	86.285,11 €
340	Johanngeorgenstadt, Stadt	63.480,61 €
341	Jöhstadt, Stadt	280.851,15 €
342	Jonsdorf, Kurort	52.078,36 €
343	Käbschütztal	52.078,36 €
344	Kamenz, Stadt	367.944,93 €
345	Kirchberg, Stadt	315.057,90 €
346	Kitzscher, Stadt	212.437,66 €
347	Klingenberg	344.331,76 €
348	Klingenthal, Stadt	166.828,66 €
349	Klinikum Chemnitz gGmbH	275.271,33 €
350	Klinikum St. Georg gGmbH	161.248,83 €
351	Klipphausen	293.062,07 €
352	Kodersdorf	160.359,30 €
353	Königsbrück, Stadt	109.089,61 €
354	Königshain-Wiederau	52.078,36 €
355	Königstein/Sächs. Schw., Stadt	189.633,16 €
356	Königswalde	63.480,61 €
357	Königswartha	63.480,61 €
358	Kottmar	161.167,97 €
359	Krauschwitz	201.035,41 €
360	Kreba-Neudorf	40.676,11 €
361	Kreischa	235.242,15 €
362	Kriebstein	63.480,61 €
363	Krostitz	223.839,91 €
364	Kubschütz	63.480,61 €
365	Lampertswalde	86.285,11 €
366	Landkreis Bautzen	6.742.206,75 €
367	Landkreis Görlitz	4.783.526,71 €
368	Landkreis Leipzig	1.824.117,32 €
369	Landkreis Meißen	2.483.668,72 €
370	Landkreis Mittelsachsen	3.825.333,41 €
371	Landkreis Nordsachsen	4.542.381,26 €
372	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3.294.845,78 €
373	Landkreis Zwickau	3.627.290,09 €
374	Langenbernsdorf	74.882,86 €
375	Langenweißbach	52.078,36 €
376	Laußig	74.882,86 €

lfd. Nr.	Schulträger	Summe Schulträgerbudget
377	Laußnitz	74.882,86 €
378	Lauta, Stadt	195.374,72 €
379	Lauter-Bernsbach, Stadt	292.253,40 €
380	Leipzig, Stadt	27.529.639,75 €
381	Leisnig, Stadt	332.929,51 €
382	Lengenfeld, Stadt	303.655,65 €
383	Leubsdorf	97.687,36 €
384	Leutersdorf	74.882,86 €
385	Lichtenau	327.996,62 €
386	Lichtenberg/Erzgeb.	52.078,36 €
387	Lichtenstein/Sa., Stadt	622.756,90 €
388	Lichtentanne	246.644,40 €
389	Liebschützberg	52.078,36 €
390	Liebstadt, Stadt	97.687,36 €
391	Limbach-Oberfrohna, Stadt	1.247.939,82 €
392	Löbau, Stadt	562.510,98 €
393	Löbnitz	52.078,36 €
394	Lohmen	74.882,86 €
395	Lohsa	97.687,36 €
396	Lommatzsch, Stadt	280.851,15 €
397	Lossatal	349.264,65 €
398	Lößnitz, Stadt	305.192,13 €
399	Lugau/Erzgeb., Stadt	246.644,40 €
400	Lunzenau, Stadt	86.285,11 €
401	Machern	97.687,36 €
402	Malschwitz	126.961,22 €
403	Marienberg, Stadt	643.863,20 €
404	Markersdorf	97.687,36 €
405	Markkleeberg, Stadt	1.160.199,11 €
406	Markneukirchen, Stadt	444.526,00 €
407	Markranstädt, Stadt	902.880,25 €
408	Meerane, Stadt	367.136,26 €
409	Meißen, Stadt	1.582.810,14 €
410	Mildenaу	63.480,61 €
411	Mittelherwigsdorf	86.285,11 €
412	Mittweida, Stadt	823.064,51 €
413	Mockrehna	292.253,40 €
414	Moritzburg	412.745,26 €
415	Mücka	148.957,05 €
416	Mügeln, Stadt	264.516,02 €
417	Müglitztal	52.078,36 €
418	Mulda/Sa.	74.882,86 €
419	Muldenhammer	63.480,61 €
420	Mülsen	355.734,01 €
421	Naundorf	52.078,36 €
422	Naunhof, Stadt	360.666,90 €
423	Neschwitz	52.078,36 €
424	Netzschkau, Stadt	303.655,65 €
425	Neuhausen/Erzgeb.	52.078,36 €
426	Neukieritzsch	167.637,33 €
427	Neukirch/Lausitz	201.035,41 €
428	Neukirchen/Erzgeb.	258.046,65 €
429	Neukirchen/Pleiße	97.687,36 €
430	Neumark	280.851,15 €
431	Neusalza-Spremberg, Stadt	223.839,91 €
432	Neustadt i. Sa., Stadt	469.756,51 €
433	Niederau	97.687,36 €
434	Niederfrohna	52.078,36 €

lfd. Nr.	Schulträger	Summe Schulträgerbudget
435	Niederwiesa	269.448,90 €
436	Niederwürschnitz	52.078,36 €
437	Niesky, Stadt	367.136,26 €
438	Nossen, Stadt	378.538,51 €
439	Nünchritz	269.448,90 €
440	Obergurig	74.882,86 €
441	Oberlungwitz, Stadt	246.644,40 €
442	Oberschöna	86.285,11 €
443	Oderwitz	269.448,90 €
444	Oederan, Stadt	269.448,90 €
445	Oelsnitz/Erzgeb., Stadt	367.136,26 €
446	Oelsnitz/Vogtl., Stadt	435.549,76 €
447	Ohorn	97.687,36 €
448	Olbernhau, Stadt	453.421,37 €
449	Olbersdorf	97.687,36 €
450	Oppach	63.480,61 €
451	Oschatz, Stadt	510.432,62 €
452	Oßling	52.078,36 €
453	Ostrau	74.882,86 €
454	Ottendorf-Okrilla	236.050,83 €
455	Otterwisch	63.480,61 €
456	Panschwitz-Kuckau	63.480,61 €
457	Parthenstein	97.687,36 €
458	Pausa/Vogtl., Stadt	212.437,66 €
459	Pegau, Stadt	280.851,15 €
460	Penig, Stadt	310.125,01 €
461	Pirna, Stadt	1.988.924,30 €
462	Plauen, Stadt	2.793.146,80 €
463	Pockau-Lengefeld, Stadt	327.996,62 €
464	Pöhl	52.078,36 €
465	Priestewitz	86.285,11 €
466	Pulsnitz, Stadt	161.167,97 €
467	Rabenau, Stadt	86.285,11 €
468	Räckelwitz	212.437,66 €
469	Rackwitz	115.558,97 €
470	Radeberg, Stadt	768.479,27 €
471	Radebeul, Stadt	1.628.257,40 €
472	Radeburg, Stadt	326.460,15 €
473	Radibor	223.839,91 €
474	Ralbitz-Rosenthal	166.828,66 €
475	Raschau-Markersbach	63.480,61 €
476	Rechenberg-Bienenmühle	189.633,16 €
477	Regis-Breitingen, Stadt	212.437,66 €
478	Reichenbach im Vogtland, Stadt	829.533,87 €
479	Reichenbach/O.L., Stadt	258.046,65 €
480	Reinsberg	74.882,86 €
481	Reinsdorf	143.296,36 €
482	Remse	52.078,36 €
483	Riesa, Stadt	1.673.866,40 €
484	Rietschen	86.285,11 €
485	Rochlitz, Stadt	292.253,40 €
486	Röderaue	97.687,36 €
487	Rodewisch, Stadt	421.721,50 €
488	Rosenbach/Vogtl.	97.687,36 €
489	Rosenthal-Bielatal	52.078,36 €
490	Rossau	63.480,61 €
491	Roßwein, Stadt	458.354,26 €
492	Rötha, Stadt	172.570,22 €

lfd. Nr.	Schulträger	Summe Schulträgerbudget
493	Rothenburg/O. L., Stadt	246.644,40 €
494	Sayda, Stadt	235.242,15 €
495	Scheibenberg, Stadt	189.633,16 €
496	Schirgiswalde-Kirschau, Stadt	126.961,22 €
497	Schkeuditz, Stadt	551.108,73 €
498	Schleife	246.644,40 €
499	Schlettau, Stadt	52.078,36 €
500	Schmölln-Putzkau	52.078,36 €
501	Schneeberg, Stadt	389.940,76 €
502	Schönau-Berzdorf a. d. Eigen	86.285,11 €
503	Schöneck/Vogtl., Stadt	52.078,36 €
504	Schönfeld	148.957,05 €
505	Schönheide	137.554,80 €
506	Schönwölkau	63.480,61 €
507	Schöpstal	97.687,36 €
508	Schulverband „Treuener Land“	321.527,26 €
509	Schwarzenberg/Erzgeb., Stadt	482.695,23 €
510	Schwepnitz	74.882,86 €
511	Sebnitz, Stadt	622.756,90 €
512	Sehmatal	315.057,90 €
513	Seiffen/Erzgeb., Kurort	97.687,36 €
514	Seifhennersdorf, Stadt	109.817,41 €
515	Sohland a.d. Spree	264.516,02 €
516	Spreetal	63.480,61 €
517	St. Egidien	97.687,36 €
518	Stadt Wehlen, Stadt	52.078,36 €
519	Stauchitz	246.644,40 €
520	Steinberg	52.078,36 €
521	Steinigtwolmsdorf	52.078,36 €
522	Stollberg/Erzgeb., Stadt	367.136,26 €
523	Stolpen, Stadt	310.125,01 €
524	Strehla, Stadt	246.644,40 €
525	Striegistal	104.156,72 €
526	Struppen	63.480,61 €
527	Stützensgrün	131.894,11 €
528	Taucha, Stadt	503.963,26 €
529	Thalheim/Erzgeb., Stadt	258.046,65 €
530	Thallwitz	86.285,11 €
531	Tharandt, Stadt	138.363,47 €
532	Thermalbad Wiesenbad	86.285,11 €
533	Theuma	63.480,61 €
534	Thiendorf	86.285,11 €
535	Thum, Stadt	97.687,36 €
536	Torgau, Stadt	848.295,02 €
537	Trebsen/Mulde, Stadt	315.057,90 €
538	Vogtlandkreis	2.644.270,62 €
539	Wachau	149.765,72 €
540	Waldenburg, Stadt	86.285,11 €
541	Waldheim, Stadt	469.756,51 €
542	Waldhufen	86.285,11 €
543	Weinböhla	463.287,15 €
544	Weischlitz	298.722,76 €
545	Weißenberg, Stadt	63.480,61 €
546	Weißborn/Erzgeb.	86.285,11 €
547	Weißwasser/O. L., Stadt	476.225,87 €
548	Werda	63.480,61 €
549	Werdau, Stadt	903.608,06 €
550	Wermsdorf	230.309,27 €

lfd. Nr.	Schulträger	Summe Schulträgerbudget
551	Wiedemar	97.687,36 €
552	Wildenfels, Stadt	97.687,36 €
553	Wilkau-Haßlau, Stadt	435.549,76 €
554	Wilsdruff, Stadt	595.019,52 €
555	Wilthen, Stadt	525.069,55 €
556	Wittichenau, Stadt	246.644,40 €
557	Wolkenstein, Stadt	74.882,86 €
558	Wurzen, Stadt	909.349,62 €
559	Zeithain	97.687,36 €
560	Zittau, Stadt	1.020.056,56 €
561	Zschepplin	74.882,86 €
562	Zschopau, Stadt	607.311,30 €
563	Zschorlau	275.918,26 €
564	Zwenkau, Stadt	188.905,35 €
565	Zwickau, Stadt	3.237.996,26 €
566	Zwönitz, Stadt	396.410,12 €
	Summe öffentliche Träger	212.746.082,69 €

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz über die Liste der Untersuchungsstellen nach § 15 Absatz 4 der Trinkwasserverordnung

Vom 16. Mai 2019

Gemäß § 15 Absatz 4 Satz 4 der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2016 (BGBl. I S. 459), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 3. Januar 2018 (BGBl. I S. 99) geändert worden ist, wird bekannt gegeben, dass die in der Anlage aufgeführten Untersuchungsstellen gemäß § 15 Absatz 4

Satz 3 TrinkwV für die Untersuchung von Trinkwasser zugelassen sind.

Die Liste wird laufend aktualisiert und einmal jährlich vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz im Sächsischen Amtsblatt veröffentlicht.

Dresden, den 16. Mai 2019

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz
Dr. Stephan Koch
Abteilungsleiter

Landesliste der nach § 15 Absatz 4 Satz 2 TrinkwV zugelassenen Untersuchungsstellen

Stand: 16. Mai 2019

Untersuchungsstelle	Anschrift	Telefon/Fax	Physikalisch, physikalisch- chemische, che- mische Untersu- chungen *	Mikrobiologi- sche Untersu- chungen *	Probennahme *	Radiologische Parameter *	Akkreditierung
Fernwasserversorgung Elbaue-Ost- harz GmbH	Naundorfer Straße 46 04860 Torgau	03421 757-0 03421 757-235	Ja	Ja	Ja		D-PL-14206-01-00
DREWAG NETZ GmbH, Trinkwasser- labor	Rosenstraße 32 01067 Dresden	0351 2058535-69 0351 2058525-03	Ja	Ja	Ja		D-PL-18041-01-00
Eurofins Institut Dr. Appelt Leipzig GmbH	Täubchenweg 28 04317 Leipzig	0341 64 966-0 0341 64 966-99	Ja	Ja	Ja		D-PL-14038-01-00
Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	Johannisgasse 7/9 04103 Leipzig	0341 969-0 0341 969-2349	Ja	Ja	Ja		D-PL-18169-01-00
Laborunion Prof. Höll & Co. GmbH	Lindenstraße 11 08645 Bad Elster	037437 555-0 037437 555-22	Ja	Ja	Ja		D-PL-17740-01-00
Stadtwerke Görlitz, AG Umweltlabor	Demianiplatz 23 02826 Görlitz	03581 337410 03581 335405	Ja	Ja	Ja		D-PL-14576-01-00
Südsachsen Wasser GmbH	Theresenstraße 13 09111 Chemnitz	0371 3806-0 0371 3806-205	Ja	Ja	Ja		D-PL-14375-01-00
SYNLAB Analytics & Services Germany GmbH NL Leipzig-Markkleeberg	Hauptstraße 105 04416 Markkleeberg	0341 492899-0 0341 492899-333	Ja	Ja	Ja		D-PL-14004-01-01 D-PL-14004-01-02
Team Umweltanalytik GmbH	Georgswalder Straße 4 02730 Ebersbach-Neugersdorf	03586 30280 03586 302844	Ja	Ja	Ja		D-PL-14364-01-00

Untersuchungsstelle	Anschrift	Telefon/Fax	Physikalisch, physikalisch- chemische, che- mische Untersu- chungen *	Mikrobiologi- sche Untersu- chungen *	Probennahme *	Radiologische Parameter *	Akkreditierung
SGS Institut Fresenius GmbH Qualitätssicherung	Königsbrücker Landstraße 161 01109 Dresden	0351 8841 0 0351 8841 190	Ja		Ja		D-PL-14115-10-00
IDUS Biologisch-Analytisches Umwelt- labor GmbH	Radeberger Straße 1 01458 Ottendorf-Okrilla	035205 45957 035205 45958		Ja	Ja		D-PL-14235-01-00
Zweckverband Kommunale Wasser- versorgung/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland	Käthe-Kollwitz-Straße 6 09661 Hainichen	037207 64-0 037207 64-100	Ja	Ja	Ja		D-PL-19423-01-00
IAF Radioökologie GmbH	Wilhelm-Rönsch-Straße 9 01454 Radeberg	03528 48730-0 03528 48730-22				Ja	D-PL-11201-01-00
AIRK Analytik Institut Dr. Rietzler & Kunze GmbH & Co. KG	Darmstädter Straße 2 09599 Freiberg	03731 3981-0 03731 3981-30	Ja	Ja	Ja		D-PL-14616-01-00
CUP - Laboratorien Dr. Freitag GmbH	Carl-Eschebach-Straße 7 01454 Radeberg	03528 22909-20 03528 22909-40	Ja	Ja	Ja		D-PL-14103-01-01
Labor für Mikrobiologie und Hygiene	Liselotte-Herrmann-Straße 91 02977 Hoyerswerda	03571 608532 03571 608549		Ja	Ja		D-PL-14421-01-00
MVZ - Labor Dr. Reising-Ackermann und Kollegen	Strümpelstraße 40 04289 Leipzig	0341 6565-100 0341 6565-400		Ja	Ja		D-PL-13231-01-00
Limbach Analytics GmbH	Bamberger Straße 7 01187 Dresden	0351 4967444 0351 2137436		Ja	Ja		D-PL-20185-01-00
ERGO Umweltinstitut GmbH	Lauensteiner Straße 42 01277 Dresden	0351 33686-0 0351 33686-10	Ja		Ja		D-PL-14613-01-00
Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen Sachsen **	Jägerstraße 8/10 01099 Dresden	0351 81 44 0 0351 44 10 20	Ja	Ja	Ja		D-PL-18515-02-00

Untersuchungsstelle	Anschrift	Telefon/Fax	Physikalisch, physikalisch- chemische, che- mische Untersu- chungen *	Mikrobiologi- sche Untersu- chungen *	Probennahme *	Radiologische Parameter *	Akkreditierung
WESSLING GmbH Umweltanalytik Dresden	Moritzburger Weg 67 01109 Dresden	0351 8116490 0351 81164928			Ja		D-PL-14162-01-00
DVGW, Technologiezentrum Wasser Standort Dresden	Wasserwerkstraße 2 01326 Dresden	0351 85211-0 0351 85211-10	Ja	Ja	Ja		D-PL-14555-01-00
MVZ Labor Limbach Dresden GbR	Köhlerstraße 14a 01239 Dresden	0351 47049-0 0351 47049-17		Ja	Ja		D-PL-13328-01-00
AGROLAB GROUP, AWV - Dr. Busse GmbH	Jößnitzer Straße 113 08525 Plauen	03741 550 760 03741 523 550	Ja		Ja		D-PL-14087-01-00
Eurofins Umwelt Ost GmbH Niederlassung Freiberg	Lindenstraße 11 09627 Bobritzsch-Hilbersdorf	03731 2076 500 03731 2076 555	Ja		Ja		D-PL-14081-01-00
AUD Analytik-Umweltdienstleistungs GmbH	Jagdschänkenstraße 52 09117 Chemnitz	0371 881-7653 0371 881-7633	Ja		Ja		D-PL-14552-01-00
Med-Lab Medizinische Dienstleistungs GmbH	Bremer Straße 9 01665 Klipphausen	035204 63 50 035204 63 555	Ja	Ja	Ja		D-PL-13252-01-00
GBA Gesellschaft für Bioanalytik mbH, Standort Freiberg	Meißner Ring 3 09599 Freiberg	03731 163 083 0 03731 163 083 4	Ja		Ja		D-PL-14170-01-00
Hygieneinspektionsstelle für Trinkwas- sersysteme (AHT) Dr.-Ing. Carsten Gollnisch	Jacobsplatz 26-28 04808 Wurzen	03425 8530220 03425 8530222			Ja		D-IS-18195-01-00
alphaomega Labor – Medizinische Ko- operationsgemeinschaft GbR	Bitterfelder Straße 23 04509 Delitzsch	034202 3645 0 034202 3645 29		Ja	Ja		D-PL-18167-01-00
Staatliche Betriebsgesellschaft für Um- welt und Landwirtschaft **	Altwahnsdorf 12 01445 Radebeul	0351 8312 619 0351 8312 720				Ja	D-PL-14420-01-00

Untersuchungsstelle	Anschrift	Telefon/Fax	Physikalisch, physikalisch- chemische, che- mische Untersu- chungen *	Mikrobiologi- sche Untersu- chungen *	Probennahme *	Radiologische Parameter *	Akkreditierung
Umweltbundesamt, Dienststelle Bad Elster, Fachgebiet II 3.5	Heinrich-Heine-Straße 12 08645 Bad Elster	037437 76 0 037437 76219		Ja	Ja		D-PL-14454-03-00
Landwirtschaftliche Kommunikations- und Servicegesellschaft mbH	August-Bebel-Straße 6 09577 Niederwiesa	037206 87138 037206 87233		Ja	Ja		D-PL-14632-01-00
VKTA - Strahlenschutz Rossendorf	Bautzner Landstraße 400 01328 Dresden	0351 260 2098 0351 260 3190	Ja		Ja	Ja	D-PL-14498-01-00
Ifp Institut für Produktqualität GmbH	Deutscher Platz 5e 04103 Leipzig	0341 96 27 74 18 030 74 73 33 4999 (Berlin)		Ja	Ja		D-PL-14013-01-01
TU Dresden, Medizinische Fakultät Carl Gustav Carus, Institut für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene	Fetscherstraße 74 01307 Dresden	0351 458 16580 0351 458 6311		Ja	Ja		D-PL-13199-02-00

* Der genaue Untersuchungsumfang ist der Akkreditierungsurkunde zu entnehmen. Die Listung beschränkt sich auf die akkreditierten Untersuchungsparameter

** Untersuchung nur im öffentlichen Auftrag (beispielsweise Gesundheitsämter)

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Ausbau Meißner Straße in Radebeul zwischen Gleisschleife Radebeul-Ost und Eduard-Bilz-Straße“

Gz.: DD32-0522/313

Vom 16. Mai 2019

Die Dresdner Verkehrsbetriebe AG hat am 19. August 2016 für das Bauvorhaben „Ausbau Meißner Straße in Radebeul zwischen Gleisschleife Radebeul-Ost und Eduard-Bilz-Straße“ einen Antrag auf Planfeststellung nach § 28 Personenbeförderungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juni 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen (SächsVwVfZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, in Verbindung mit § 74 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626) geändert worden ist, gestellt.

Für dieses Vorhaben, das der Anlage 1 Nummer 14.11 zu § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert, zuzuordnen ist, wurde festgestellt, dass nach den §§ 6 bis 14 des UVPG keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die UVP-Pflicht besteht, wenn durch das Vorhaben nach Einschätzung der Behörde erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Bei dem Vorhaben handelt es sich um die Vergrößerung des Regelgleisachsenabstandes der Straßenbahnlinie 4 mit einhergehender Verlegung der Gleisanlagen von derzeit in der Regel 2,55 m auf 3,00 m im Bereich der Meißner Straße in Radebeul zwischen den Knotenpunkten Schillerstraße/Gleisschleife Ost und Eduard-Bilz-Straße. Dabei werden die Fahrbahnen und Gehwege sowie die Gleis- und Bahnstromversorgungsanlagen grundhaft erneuert. Von den Fahrbahnen werden beidseitig Radschutzstreifen abmarkiert. Im Planungsabschnitt befinden sich die Haltestellen Hauptstraße und Zinzendorfstraße, welche teilweise geringfügig verlegt und barrierefrei umgebaut werden. Die Leitungen und Kabel der Ver- und Entsorgungsunternehmen werden erneuert und der unterirdische Bauraum neu geordnet. Von den Umbauarbeiten ist auch der Platz am Knotenpunkt August-Bebel-Straße erfasst sowie weitere Kreuzungen und Einmündungen. Die Länge des Planungsabschnittes beträgt ca. 780 m.

Zur Umweltverträglichkeitsprüfung wurden die zu erwartenden Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutz-

güter gemäß § 2 Absatz 1 UVPG auf ihre Erheblichkeit hin untersucht.

Schutzgut Mensch, einschließlich menschliche Gesundheit

Zusätzliche unzumutbare Immissionen des Kfz-Verkehrs und des Straßenbahnverkehrs entstehen im Bereich der Meißner Straße nicht. An drei Gebäuden ist es erforderlich, zur Einhaltung von Lärmvorsorgewerten passive Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen. Während der Bauzeit erfolgt die Umleitung des Kfz-Verkehrs in Richtung Dresden über die Schildenstraße, Pestalozzistraße, Sidonienstraße, Hallerstraße. Der Kfz-Verkehr in Richtung Coswig wird durch das Baufeld geleitet. Möglicherweise während der Bauzeit auftretende temporäre Beeinträchtigungen können durch geeignete Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen reduziert werden.

Schutzgut Luft, Klima und Klimafolgen

Durch das Vorhaben sind keine Auswirkungen auf die vorgenannten Schutzgüter zu erwarten. Sowohl betriebs- als auch baubedingt treten keine Wirkungen auf, die die klimatischen und lufthygienischen Verhältnisse im relevanten Betrachtungsbereich maßgeblich beeinträchtigen. Ebenso sind auch keine Wirkungen durch die Klimafolgen und damit eine erhöhte Empfindlichkeit der Schutzgüter gegeben.

Schutzgut Boden

Im Bereich des Vorhabens befinden sich keine relevanten Altlasten. Durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen können dabei temporär baubedingte Beeinträchtigungen auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Schutzgut Wasser

Das Vorhaben befindet sich in keinem Trinkwasserschutzgebiet. Es ist auch nicht mit Bautätigkeiten im Bereich des anstehenden Grundwassers bzw. mit Grundwasserabsenkungen zu rechnen. Durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen können die temporären standortbezogenen baubedingten Beeinträchtigungen auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Flora/Fauna

Durch die baubedingte Flächeninanspruchnahme kommt es zur Fällung von 13 schutzwürdigen Bäumen sowie mehreren Hecken und einer Neuversiegelung bisher unversiegelter Fläche. Diese Eingriffe können durch konkrete Maßnahmen kompensiert und ausgeglichen werden.

Möglicherweise während der Bauzeit auftretende temporäre Beeinträchtigungen können durch geeignete Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen reduziert werden.

Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Es wurden Berührungspunkte mit einer denkmalgeschützten Einfriedung sowie mit dem Umgebungsschutz von Kulturdenkmälern identifiziert. Durch geeignete Auflagen im Planfeststellungsbeschluss sind keine nachteiligen Auswirkungen auf die Kultur- und Sachgüter zu erwarten.

Diese Entscheidung ist gemäß § 5 Absatz 3 Satz 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Dresden, den 16. Mai 2019

Landesdirektion Sachsen
Uwe Dewald
Referatsleiter Planfeststellung

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über den Zugang zu Umweltinformationen für den Freistaat Sachsen (Sächsisches Umweltinformationsgesetz – Sächs-UIG) vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Oktober 2016 (SächsGVBl. S. 507) geändert worden ist, in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden, Referat 32, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden zugänglich. Diese Bekanntmachung ist auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen (www.lids.sachsen.de) unter Aktuelles/Bekanntmachungen einsehbar.

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Familienstiftung Himmelsbäckerei

Gz.: DD21-2245/585/1

Vom 17. Mai 2019

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 16. Mai 2019 ist die mit Stiftungsgeschäft vom 9. April 2019 errichtete „Familienstiftung Himmelsbäckerei“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Neukirch/Lausitz entstanden. Zweck der Stiftung ist die Förderung und Unterstützung der Stifter und ihrer Abkömmlinge, zum

Beispiel durch finanzielle Zuwendungen, Übernahme von Kosten, Gewährung von Unterkunft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 17. Mai 2019

Landesdirektion Sachsen
Koller
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
nach § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
für das Vorhaben
„Erhöhung/Ertüchtigung der Elbdeiche in Stetzsch und Gohlis
sowie Neubau der 2. Deichlinie in Cossebaude, 10. Planänderung“**

Gz.: C46_DD-0522/104/5

Vom 10. Mai 2019

Gemäß § 3a Satz 2 Halbsatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung, die vor dem 16. Mai 2017 galt, in Verbindung mit § 74 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist, wird Folgendes bekannt gemacht:

Die Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen, Betrieb Oberes Elbtal, hat mit Schreiben vom 11. Dezember 2013 den 10. Planänderungsantrag „Binnenentwässerung Cossebaude“ für das mit Planfeststellungsbeschluss vom 17. November 2009 planfestgestellte Vorhaben „Erhöhung/Ertüchtigung der Elbdeiche in Stetzsch und Gohlis sowie Neubau der 2. Deichlinie in Cossebaude“ beantragt, wofür die Landesdirektion Sachsen ein vereinfachtes Änderungsplanfeststellungsverfahren gemäß §§ 68 Absatz 1, 67 Absatz 2 Satz 3, 70 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2254) geändert worden ist, in Verbindung mit § 76 Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639) geändert worden ist, durchgeführt hat.

Die beantragte 10. Planänderung sieht eine Änderung der Binnenentwässerung im Bereich des Stauseebades Cossebaude und des unteren Speicherbeckens des Pumpspeicherwerkes Niederwartha vor. Anstelle der planfestgestellten Förderung des Binnenwassers durch den Betreiber des Pumpspeicherwerkes Niederwartha wird die Binnenentwässerung nunmehr durch die Landestalsperrenverwaltung sichergestellt. Zum Zwecke der Sicherung und Optimie-

rung der Binnenentwässerung im Hochwasserfall erfolgt in diesem Abschnitt die Errichtung einer Sickerleitung mit Pumpschächten.

Aufgrund der Verpflichtung nach § 3e Absatz 1 Nummer 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung, die vor dem 16. Mai 2017 galt, hat die Landesdirektion Sachsen eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls vorgenommen.

Unter Berücksichtigung der fachlichen Stellungnahmen wurde am 2. Mai 2019 im Rahmen des Zulassungsverfahrens zur 10. Planänderung festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, weil das Vorhaben voraussichtlich keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen auf die Umweltschutzgüter hat, die nach § 12 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung, die vor dem 16. Mai 2017 galt, zu berücksichtigen wären.

Diese Feststellung ist gemäß § 3a Satz 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung, die vor dem 16. Mai 2017 galt, nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 25 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, in der Landesdirektion Sachsen, Referat 46, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, zugänglich.

Die Bekanntmachung ist auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> in der Rubrik Hochwasserschutz einsehbar.

Dresden, den 10. Mai 2019

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter Umweltschutz

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
für das Vorhaben zur wesentlichen Änderung
der Abwasserbehandlungsanlage II
im Industriepark Schwarze Pumpe, hier Umbau und Erweiterung,
des Zweckverbandes Industriepark Schwarze Pumpe in Spreetal**

Gz.: DD41-8618/715/3

Vom 21. Mai 2019

Gemäß § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, wird Folgendes bekannt gemacht:

Der Zweckverband Industriepark Schwarze Pumpe hat mit Datum vom 20. Dezember 2018 und den Nachträgen vom 5. Februar 2019, 13. Februar 2019 und 21. Februar 2019 die Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Abwasserbehandlungsanlage II, hier Umbau und Erweiterung, nach § 60 Abs. 3 Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, beantragt.

Für die Änderung dieser Anlage, die der Nummer 13.1.1 Spalte 2 der Anlage 1 UVPG zuzuordnen ist, ist gemäß § 9 Absatz 1 Nr. 2 UVPG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Die ABA II in der beantragten Ausführung ist ausgelegt für organisch belastetes Abwasser von 30.400 kg BSB5 pro Tag. Mit Genehmigung vom 15. November 2010, geändert mit Bescheiden vom 29. Juli 2011 und 2. April 2012, wurde die Anlage für den damals geplanten Endausbau mit der 2. Ausbaustufe für eine Kapazität von 31.700 kg BSB5/d genehmigt, für welche eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist. Die jetzt beantragte Änderung weicht in wenigen Bereichen vom bereits genehmigten Stand ab. Zu betrachten sind daher nur die Abweichungen. Die Änderung selbst unterliegt keiner Verpflichtung zur Durchführung einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung.

Der im wasserrechtlichen Verfahren beantragte Endausbau umfasst ergänzend zur ersten Ausbaustufe und zusätzlich zu den bereits genehmigten Anlagenteilen der zweiten Ausbaustufe im Wesentlichen folgende Verfahrensstufen:

- Bau und Betrieb eines Havariebeckens,
- Bau und Betrieb eines zusätzlichen Schlamm-puffers,
- Bau und Betrieb von Hydrozyklonen zur Abreicherung von Kalk aus dem Rücklaufschlamm und
- Bau und Betrieb einer Pumpstation für die Rezirkulation von gereinigtem Abwasser zur anaeroben Stufe („Große Rezirkulation“) und zur optionalen Rückführung von gereinigtem Abwasser zur Papierfabrik (Nutzung von „Biowasser“ in der Stoffaufbereitung).

Bei der allgemeinen Vorprüfung durch die Landesdirektion Sachsen wurde überschlägig anhand der in Anlage 3 UVPG genannten Kriterien (Merkmale des Vorhabens,

Standort des Vorhabens, Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen) geprüft, ob durch die Erweiterung der Abwasserbehandlungsanlage II zusätzliche oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Absatz 1 UVPG für die Erweiterung der ABA II hat nach eigener Prüfung sowie unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Landratsamtes Bautzen vom 8. April 2019 ergeben, dass für das Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht. Dies begründet sich zusammengefasst wie folgt:

Baubedingte Auswirkungen treten durch Flächeninanspruchnahme, Versiegelung und Bodenaushub auf. Weiterhin kommt es zu Emissionen von Luftschadstoffen, Staub und Geräuschen sowie Erschütterungen durch den Betrieb von Baumaschinen. Die Auswirkungen treten nur temporär auf und werden durch geeignete Maßnahmen minimiert. Die während der Bauphase anfallenden Abfälle werden gesammelt und ordnungsgemäß der Verwertung oder Beseitigung zugeführt.

Anlagenbedingte Wirkfaktoren treten dauerhaft durch Flächeninanspruchnahme und visuelle Veränderungen durch den Baukörper auf. Aufgrund der vorhandenen anthropogenen Nutzungsstrukturen sind die Bodenflächen im Bereich des Anlagenstandortes bis auf kleinräumige Flächen und Grünzüge weitgehend überbaut und bereits durch einen sehr hohen Versiegelungsgrad gekennzeichnet. Durch das Vorhaben werden keine bislang unveränderten oder ökologisch bedeutsamen Bodenflächen beansprucht. Die neuen Anlagenteile gliedern sich in die bestehende Abwasserbehandlungsanlage ein. Änderungen des Orts- und Landschaftsbildes sind aufgrund der Vorprägung als Industriegebiet nicht zu erwarten.

Die betriebsbedingten Wirkfaktoren treten dauerhaft durch Materialströme, Stoff- und Verkehrsströme sowie Emissionen und damit verbundene Wirkungen auf Mensch und Umwelt auf. Umweltverschmutzungen und Belästigungen können somit durch Luftschadstoffe, Geräuschemissionen, Geruchsemissionen, Abfallanfall oder den Abwasseranfall entstehen. Anhand der vorgelegten Gutachten (lufthygienisches Gutachten, Schallimmissionsprognose, Fachbeitrag zur Wasserrahmenrichtlinie) wurde hinreichend dokumentiert, dass keine relevanten Erhöhungen dieser Emissionen zu erwarten sind.

Insgesamt sind daher keine erheblichen nachteiligen baubedingten, anlagenbedingten und betriebsbedingten Auswirkungen auf die Schutzgüter gemäß § 2 Absatz 1 UVPG zu erwarten.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 5 Absatz 3 UVPG die vorgenannte Entscheidung der Landesdirektion Sachsen nicht selbstständig anfechtbar ist.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 25 des Gesetzes

vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden – Referat 41, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, zugänglich.

Diese Bekanntmachung ist außerdem auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik „Umweltschutz – Wasserwirtschaft“ einsehbar.

Dresden, den 21. Mai 2019

Landesdirektion Sachsen
Menzel
komm. Referatsleiter

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr über die Umstufung von Straßen in der Stadt Dahlen, Landkreis Nordsachsen

Vom 20. Mai 2019

Gemäß § 7 des Straßengesetzes für den Freistaat Sachsen (Sächsisches Straßengesetz – SächsStrG) vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Februar 2016 (SächsGVBl. S. 78), stuft das Landesamt für Straßenbau und Verkehr folgende Straßen um:

1. Straßenbeschreibung

- 1.1 Kreisstraße 8919 im Abschnitt Netzknoten 4643 059, Stat. 0,000 (S 24) bis Stat. 0,080 (Ortsstraße „Töpferplatz“
Länge: 0,080 km
- 1.2 Ortsstraße „Töpferplatz“ im Abschnitt Staatsstraße 24 (Netzknoten 4643 059, Stat. 0,147) bis Kreisstraße 8919 (Netzknoten 4643 059, Stat. 0,080)
Länge: 0,080 km

2. Verfügungen

- 2.1 Der unter Ziffer 1.1 näher bezeichnete Straßenabschnitt wird zur Ortsstraße abgestuft.
- Neuer Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Dahlen.
- 2.2 Der unter Ziffer 1.2 näher bezeichnete Straßenabschnitt wird zur Kreisstraße 8919 aufgestuft.
- Neuer Träger der Straßenbaulast ist der Landkreis Nordsachsen.
- 2.3 Die Verfügungen treten am 1. Januar 2020 in Kraft.

3. Einsichtnahme

Die vollständigen Umstufungsverfügungen können in der Stadtverwaltung Dahlen, Markt 4, 04774 Dahlen beziehungsweise im Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale, Stauffenbergallee 24, 01099 Dresden während der Dienstzeiten eingesehen werden. Zudem erfolgt eine Veröffentlichung im Internet auf der Website des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr (www.lasuv.sachsen.de, Rubrik „Bekanntmachungen“).

Die Umstufungsverfügungen gelten zwei Wochen nach der Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt gegenüber der Allgemeinheit als bekanntgegeben. Für die Beteiligten, denen die Umstufungsverfügung auf andere Weise, zum Beispiel mittels Postzustellungsurkunde, Empfangsbekanntnis oder durch eingeschriebenen Brief zugestellt wurde, gilt dagegen die Bekanntgabe mit der Zustellung als bewirkt.

4. Rechtsbehelfsbelehrung

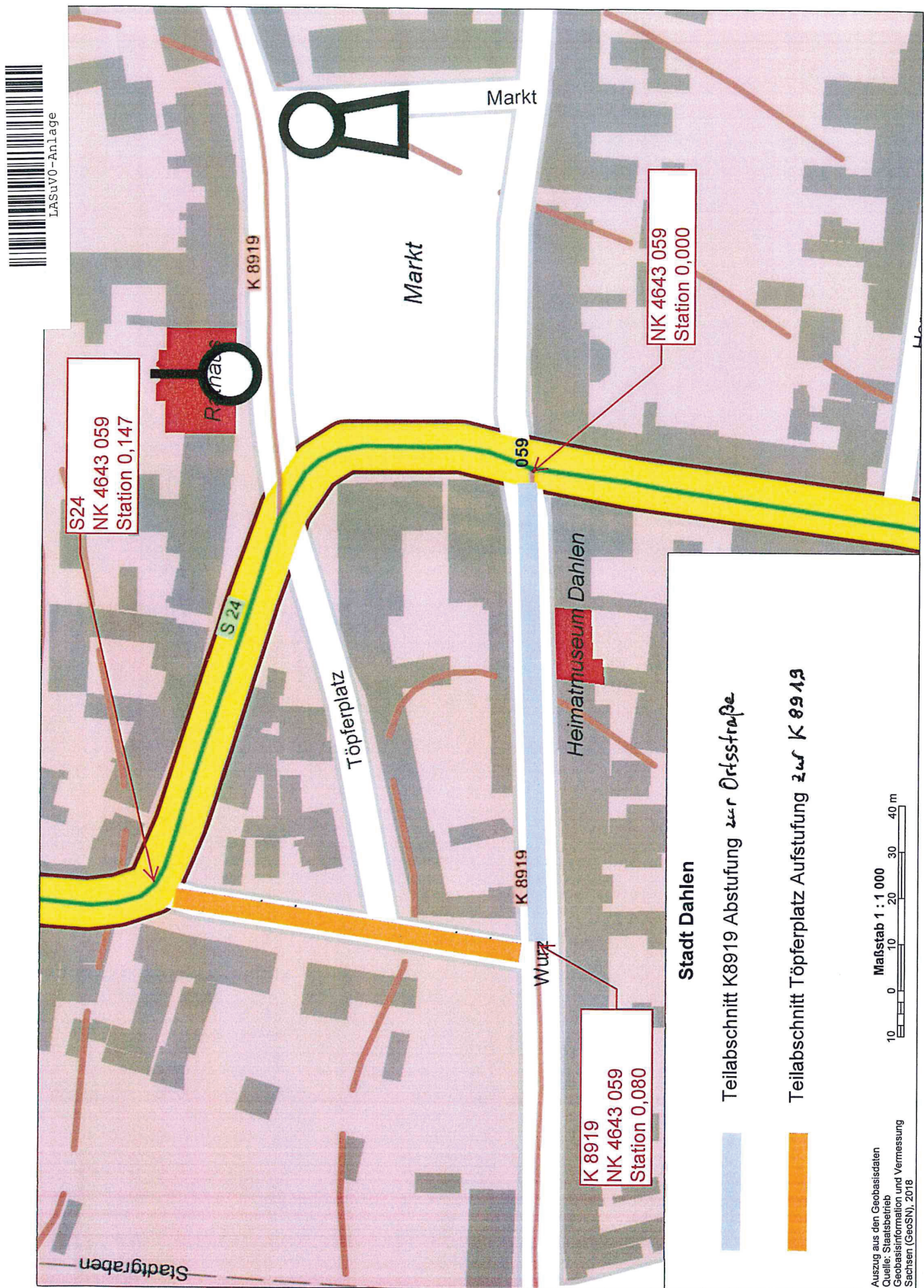
Gegen die Umstufungsverfügungen kann innerhalb eines Monats nach deren Bekanntgabe Widerspruch schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale, Stauffenbergallee 24, 01099 Dresden eingelegt werden.

Der Widerspruch kann auch schriftlich oder zur Niederschrift bei dem

- Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Bautzen, Käthe-Kollwitz-Straße 19, 02625 Bautzen;
 - Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Zschopau, Sitz Chemnitz, Hans-Link-Straße 4, 09131 Chemnitz;
 - Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Meißen, Heinrich-Heine-Straße 23 c, 01662 Meißen;
 - Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Leipzig, Maximilianallee 3, 04129 Leipzig;
 - Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Plauen, Weststraße 73, 08523 Plauen
- eingelegt werden.

Dresden, den 20. Mai 2019

Landesamt für Straßenbau und Verkehr
Jürgen Kloß
Vizepräsident/Abteilungsleiter
Zentraler Servicebereich



**Bekanntmachung
des Landratsamtes Mittelsachsen
über die Genehmigung der 1. Satzung zur Änderung
der Verbandssatzung vom 10. Februar 2015
des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“**

Vom 16. Mai 2019

Das Landratsamt Mittelsachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 29. April 2019 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 196), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2017 (SächsGVBl. S. 626) geändert worden ist, wie folgt entschieden:

1. Die 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung vom 10. Februar 2015 des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ (ZV CTRW), beschlossen durch die Versammlung am 5. Februar 2019 (Beschluss-Nr. CTRW 02/19), wird rechtsaufsichtlich genehmigt.

2. Die 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung und deren Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

3. Für den Erlass dieses Bescheides werden keine Kosten erhoben.

Die 1. Satzung zur Änderung Verbandssatzung vom 10. Februar 2015 des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ wird nachfolgend bekannt gemacht.

Freiberg, den 16. Mai 2019

Landratsamt Mittelsachsen
Damm
Landrat

1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung vom 10. Februar 2015 des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ (ZV CTRW)

Vom 5. Februar 2019

Auf der Grundlage der §§ 47 und 48 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.03.2014 (SächsGVBl. S. 196) das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13.12.2017 (SächsGVBl. S. 626) geändert worden ist, hat die Versammlung des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ (ZV CTRW) am 05.02.2019 folgende 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung beschlossen:

Art. 1

1. § 7 Nr. 8 (Zuständigkeit der Versammlung) wird wie folgt neu gefasst:
 8. die Vergabe von Aufträgen nach VOL und VOB über 30.000 (dreißigtausend) EUR (Inklusive Umsatzsteuer);
2. § 9 Abs. 4 Nr. 1 (Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden) wird wie folgt neu gefasst:
 1. die Vergabe von Aufträgen nach VOL und VOB bis 30.000 (dreißigtausend) EUR (Inklusive Umsatzsteuer);
3. § 11 wird wie folgt neu gefasst:

Für die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes gelten die Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft entsprechend.
4. § 12 Abs. 1 (Haushaltssatzung) wird wie folgt neu gefasst:

Der Verbandsvorsitzende leitet den Entwurf der Haushaltssatzung der Versammlung zu. Die Versammlung berät und beschließt in öffentlicher Sitzung über fristgemäß erhobene Einwendungen und die Haushaltssatzung.
5. § 13 Abs. 2 (Deckung des Finanzbedarfs) wird wie folgt neu gefasst:

Der Zweckverband kann, soweit seine sonstigen Erträge zur Deckung seines Finanzbedarfs nicht ausreichen, von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben (Betriebskostenumlage).

6. § 15 Abs. 3 (Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung, Prüfungswesen) wird wie folgt neu gefasst:

Der Jahresabschluss ist innerhalb von 6 Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen und vom Verbandsvorsitzenden unter Angabe des Datums zu unterzeichnen.

7. § 19 (Öffentliche Bekanntmachung) wird wie folgt neu gefasst:

(1) Die öffentlichen Bekanntmachungen des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ erfolgen, soweit nicht besondere bundes- oder landesrechtliche Vorschriften anzuwenden sind, durch Abdruck in den Amtsblättern der Mitgliedsgemeinden:

Stadt Burgstädt:	„Burgstädter Anzeiger“,
Stadt Lunzenau:	„Lunzenauer Nachrichten“,
Gemeinde Claußnitz:	„Mitteilungsblatt, Amtsblatt der Gemeinde Claußnitz“,
Gemeinde Königshain-Wiederau:	„Gemeindeblatt Königshain-Wiederau“,
Gemeinde Lichtenau:	„Amtsblatt der Gemeinde Lichtenau“,
Gemeinde Taura:	„Taurer Heimatblatt“.

Die öffentliche Bekanntmachung ist mit Ablauf des Tages vollzogen, an dem das letzte Amtsblatt mit der Bekanntmachung erscheint.

(2) Die ortsübliche Bekanntgabe von Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen der Versammlung erfolgt durch Aushang an den Verkündungstafeln des jeweiligen Verwaltungssitzes des Verbandsmitgliedes für die Dauer von einer Woche. Der Vollzug der jeweiligen ortsüblichen Bekanntgabe ist in den Unterlagen der jeweiligen öffentlichen Sitzung der Versammlung nachzuweisen.

Art. 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung der Genehmigung und der Änderungssatzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im „Sächsischen Amtsblatt“ in Kraft.

Claußnitz, den 5. Februar 2019

Hermesdorf
Verbandsvorsitzender

Abs.: SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“, ZKZ 73797

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1, 01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3, 01069 Dresden
Telefon: 0351 485 26-0
Telefax: 0351 485 26-61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH, Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

29. Mai 2019

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag (siehe obige Kontaktdaten). Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 199,90 EUR (gedruckte Ausgabe zzgl. 39,37 EUR Postversand) bzw. 107,97 EUR (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 7,28 EUR und zzgl. 3,37 EUR bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.